Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

108. Jahrgang

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2maltäglich ins Haus gebracht: monatlich 1.25 M., vierteljährlich 3.75 M. Bei der Geschäftsstelle, unseren Filialen und Ausgabestellen abgeholt: monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M. Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., ausschließlich Postbestellgeld. Das Leipziger Tageblatt erscheint werktags 2mal, Sonn- u. Feiertags 1mal. In Leipzig, den Nachbarorten und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abendausgabe noch am Abend des Erscheinens ins Haus geliefert. Berliner Redaktion: In den Zelten 17. Fernsprech-Anschluß: Moabit Nr. 447.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. ✦ Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 M., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M., Kleine Anzeigen die Petitzeile nur 20 Pf. b. Wiederhol. Rab., Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 30 Pf. Geschäftsanzeigen mit Plananschrift im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagen: Gesamtaufl. 5 M. das Tausend ausschl. Postgebühr.

Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen des Leipziger Tageblattes und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Geschäftsstelle für Berlin u. die Pr. Brandenburg: Direktion Walter Fliegel, Berlin W 10, Margarethenstraße 5. Fernsprech-Anschluß: Lützow 9971.

Nr. 141. Donnerstag, den 19. März. 1914.

Das Wichtigste.

In der gestrigen Sitzung der Leipziger Stadtverordneten wurde vom Stadtrat eine bedeutsame Erklärung über den Kraftomnibusverkehr abgegeben. (S. Ber.)

* Die Zweite Kammer beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Etat des Kultusministeriums und des Evangelisch-Lutherischen Landeskonsistoriums. (S. Art. u. Ber.)

* Die Budgetkommission des Reichstages beschloß, beim Plenum dahin zu wirken, daß der ganze Etat von Kamerun bis zur völligen Aufklärung der Duala-Angelegenheit zurückgestellt werde. (S. bes. Art.)

* In der Braunschweigischen Landesversammlung gedachte am Mittwoch der Präsident in einer besonderen Ansprache der Geburt des Erbprinzen. (S. Pol. Uebers.)

* Das Befinden des schwedischen Königs gibt zu Besorgnissen Anlaß. (S. Ausland.)

* Aus Duisburg wird weiteres Steigen des Rheins gemeldet. (S. Nachr. v. Tage.)

Kolonien und Eingeborene!

Zur Kolonialdebatte im Reichstag.

Von Prof. Dr. **Goerke.**

Der Kolonialetat wurde sowohl im Haushaltsausschuß als auch in der Vollversammlung des Reichstages wie in den letzten Jahren, auch in diesem recht eingehend behandelt. Aber der Charakter der Besprechung hat sich mit den Jahren ganz allmählich verschoben, indem aus den scharfen Kämpfen der Parteien unter sich und zwischen einigen von diesen und der Regierung nach und nach eine im großen und ganzen ruhige Erörterung dessen, was not tut, geworden ist, in der allein die Sozialdemokratie noch den Unversöhnlichen und Unbelehrbaren spielen zu müssen glaubt. Wie lange noch? darf man mit Recht fragen. Herr Roske bereitete heuer ja auch schon den Umfall bereits mit den zwei Sätzen vor, indem er, natürlich unter lebhaftester Heiterkeit des Hauses, erklärte: „Man nähert sich allmählich den Anschauungen, die wir (d. h. also die Sozialdemokratie) seit Jahren hier vertreten", und indem er ferner sagte: „Ich bedaure außerordentlich, daß meine Fraktion noch nicht den Bahnbauten zustimmen kann, weil die Regierung es uns unmöglich macht." Also so weit sind wir heute nun doch schon gekommen, daß innerlich alle Parteien des Reichstages, oder anders ausgedrückt, daß das ganze deutsche Volk auf den Boden der Kolonialpolitik getreten ist, wenn man sich hier und da auch noch schämt, seine frühere Haltung auch äußerlich als verfehlt zu bezeichnen.

Die Differenzen, die in Einzelfragen selbstverständlich noch vorhanden sind, und ja auch wohl stets vorhanden sein werden, treten gegenwärtig am lebhaftesten in der Eingeborenenfrage hervor. Allerdings sind auch hier alle in einer Anerkenntnis einig, nämlich in der, daß die Eingeborenen als das bedeutendste Aktivum in unseren Kolonien anzusehen sind. Ohne sie sind die weiten Länder nicht nutzbar zu machen, ohne sie die Schutzgebiete fast ein totes Gut. Mit besonderer Freude wird daher jede günstige Nachricht über die Bevölkerungsverhältnisse der verschiedenen Kolonialland schaften, wie z. B. die neue des Hauptmanns Bartsch begrüßt, daß er bei seiner Tätigkeit als Führer der Grenzvermessungskommission für das nördliche Neukamerun in dem Zwischenstromland der beiden Logonequellflüsse eine Bevölkerung von mindestens einer Million Läkeneger angetroffen habe.

Es ist bei dieser übereinstimmenden Ansicht über den Wert der Eingeborenenbevölkerung ganz selbstverständlich, daß auch über die Notwendigkeit der Gesunderhaltung oder vielmehr, wie es leider für weite Gebiete heißen muß, einer weitgehenden Hebung der Gesundheitsverhältnisse der Neger Einigkeit herrscht. Die größte Sorge macht dabei natürlich die Schlafkrankheit. Und wenn auch nach der Veröffentlichung des Hauptmanns Ramsay, des Führers der südlichen Kameruner Vermessungskommission, die Seuche den Ubangizipfel, wie anfänglich befürchtet wurde, nicht ganz befallen, sondern seinen nördlichen Graslandteil frei gelassen hat, so sind doch anderseits die Angaben des Oberstabsarztes Kuhn im Haushaltsausschuß wenig erfreulich. Darauf haben wir außer den ostafrikanischen auch noch vier Seuchenherde in Kamerun, eine ganz bedenkliche Erscheinung angesichts seiner weiteren Feststellung, daß er die völlige Ausrottung der die Krankheit übertragenden Fliege für ausgeschlossen halte. Neu wird für viele seine Mitteilung sein, daß es jetzt gelingt, Kranke zu retten, und zwar 25 bis 30 v. H., daß die Verbreitung auch dieser Krankheit bei Einschränkung der Verwendung der Neger zu Trägerdiensten, wie ja durch Eisenbahnbauten erstrebt wird, in etwas gehemmt werden kann, wird kaum bestritten.

Recht sehr auseinander gehen nun aber die Meinungen hinsichtlich der sonstigen Behandlung der Eingeborenen. Sehen die einen in dem Schwarzen in erster Linie ein Objekt der Erziehung zur Kultur, im besonderen zum Christentum, so werten ihn die andern mehr als einen Menschen, der seine Bestimmung erst erfüllt, wenn er wie andere Menschen auch arbeitet und dadurch das Land, in dem er lebt und das im wesentlichen nur durch ihn allein ertragreich gemacht werden kann, für die ganze Menschheit nutzbar macht.

Da prallten dann im Reichstage die Gegensätze recht heftig aufeinander. Der erste sozialdemokratische Redner prägte die schönen Worte: „Die winzige Schicht der Weißen sitzt den Schwarzen wie ein Vampyr im Nacken" und: „Eine schlimmere Sklaverei, wie sie jetzt unter deutscher Herrschaft betrieben wird, ist noch nicht dagewesen." Herr Erzberger aber ging noch weiter, indem er sich wie folgt ausließ: „Die amtlichen Berichte über die Schutzgebiete bringen fast auf jeder Seite einen durchdringenden Schrei über die Art der Behandlung der Schwarzen auf den Plantagen, und man erfährt Dinge, die man einfach nicht für möglich halten sollte." Demgegenüber meinten andere, daß Schwarze überhaupt nur arbeiteten, wenn sie durchaus müßten. Und diese Redner hätten sich auf einen so ausgezeichneten Kenner Afrikas wie Paul Rohrbach berufen können, aus dessen Vortrag in Charlottenburg vom 10. März berichtet wird, daß er die Banane den Fluch Afrikas genannt habe, weil sie dem Neger ohne irgendwelche Arbeit seine tägliche Nahrung gebe, aber einen Boden beanspruche, der bei richtiger Pflege vielleicht den fünffachen Ertrag, z. B. an Mais geben würde. „Das jetzige Arbeitstier der schwarzen Rasse ist die Frau, die mit der Hacke den Boden lockert." Und Herrn Erzbergers Notschrei ist durch die amtliche Denkschrift selbst zu widerlegen, in der über Ostafrika z. B. gesagt wird (S. 7): „Schwere Mißhandlungen von Sklaven durch ihre Herren kommen nicht zur Kenntnis der Behörden." Daß aber unbotmäßige Stämme zum Gehorsam gezwungen werden mußten, ist doch klar, und Herr Erzberger selbst würde wahrscheinlich wenig zufrieden sein, wenn z. B. die im Anfang des Berichts mitgeteilte Sühnung der Ermordung des Paters Louplas nicht eingetreten wäre. Und wo sonst die Dinge stehen, „die man einfach nicht für möglich gehalten hätte", zu erfahren, würde für die Leser der amtlichen Denkschrift jedenfalls sehr interessant sein. Hier handelt es sich also um bedenkliche Uebertreibungen. Ob man im übrigen den Neger als freien Arbeiter auf eigenem Felde oder als Lohnarbeiter in den Plantagen beschäftigen will, in jedem Falle wird er nur nützlich, wenn er wirklich Arbeit leistet. Und dazu muß er nach allen Kennern Afrikas erst erzogen werden.

Aber auch für die allgemeine kulturelle Erziehung hat bisher die Gewöhnung an regelmäßige Arbeit als eines der vornehmsten, wenn nicht geradezu als das vornehmste Erziehungsmittel gegolten, freilich für Europäer. Ehe aber nicht etwas anderes als brauchbarer für Neger nachgewiesen ist, wird man dies Mittel auch bei ihnen nicht entbehren können. Und deshalb erscheint die Mahnung des Kolonialstaatssekretärs an die Missionare ganz berechtigt, sie möchten in dem von ihnen oft gepredigten Spruch: „Bete und arbeite" den Ton etwas mehr auf das „arbeite" legen.

Der Kultusetat in der Zweiten Kammer.

* Dresden, 19. März.

Die Zweite Kammer beschäftigte sich heute eingehend mit dem Etat des Kultus und öffentlichen Unterrichts.

Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Kaiser wies auf bedenkliche Erscheinungen hin, die auf Vorstöße des Ultramontanismus hindeuteten. Mit besonderer Betonung verwies er auf den Bautzener Fall wo Boromäerinnen in Kinderasylen protestantische Kinder katholische Gebete hätten sprechen lassen. Der nationalliberale Redner ist der Ansicht, daß es ein Verstoß gegen das Gesetz von 1876 sei, wenn Mitglieder von Orden oder ordensähnlichen Kongregationen in einem Hause unter einer Oberin beisammenwohnen, auch dann, wenn ihre Tätigkeit eine charitative sei. Dieser Ansicht pflichtete allerdings der Kultusminister nicht bei, doch gab er zu, daß die Aufnahme evangelischer Kinder in ein von Ordensschwestern geleitetes katholisches Kinderasyl dem Sinne des Gesetzes zuwiderlaufe. Dies sei den Boromäerinnen auch deutlich kundgetan worden. Weiter erklärte der Minister, daß der Dresdner Fall, wo ein Ordensmitglied, wenn auch in einem Privatkreise, gelegentlich geistlicher Exerzitien auch religiöse Amtshandlungen vorgenommen habe, zu beanstanden gewesen sei, weil der betreffende Pater versäumt habe, die dazu nötige Erlaubnis nachzusuchen.

Auf eine Anfrage des Sozialdemokraten Uhlig erklärte der Minister, daß die nötige große Schulreform durch die sogenannte kleine weder erledigt noch verzögert werden soll. Freilich lasse sich zurzeit noch nicht sagen, wann der Augenblick für die gewünschte umfassende Reform unseres Volksschulwesens gekommen sein wird. In einer mehr als einstündigen Rede hatte der Fortschrittler Günther die Vorkommnisse unter der Studentenschaft der Technischen Hochschule in Dresden und die damit zusammenhängende Relegation des Studenten Grafen Wedel behandelt. Er neigte dazu, hinter der Maßregelung des Genannten politische Motive zu suchen. Graf Wedel ist bekanntlich Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei.

Dem trat der Minister mit großer Entschiedenheit entgegen.

Es war zu erwarten, daß die Sozialdemokraten die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen würden, um eine für sie wichtige Sache zur Sprache zu bringen: das Verbot des Eintritts von Fortbildungsschülern in die Arbeiter-Turnerschaft.

Abg. Keimling unterzog sich dieser Mühe in der üblichen Breite.

„Figaros" Tod.

(Pariser Brief.)

Paris, 17. März.

„Figaro" war Bartholo geworden. „Figaro" wurde das Opfer von Frauenhand. „Figaro" ist tot. Schwarzumrändert erscheint das Blatt, das stolz die Devise Beaumarchais im Titel zu tragen pflegt: „Von den einen gelobt, von den andern getadelt, der Dummen spottend, der Bösen nicht achtend, lache ich schnell über alles, aus Furcht, darüber weinen zu müssen." Die Zeitung des Boulevards ist vom Lachen bei den Tränen angelangt. In Frankreich tobt der Sturm der Leidenschaften wie an den schlimmsten Tagen der Dreyfus-Krise.

Die Vorgeschichte ist bekannt. Alsbald nachdem Caillaux das Kabinett Barthou gestürzt hatte, begann im „Figaro" eine sehr auffällige Kampagne gegen den Finanzminister, geführt vom Chefredakteur Gaston Calmette, der als Intimus des Präsidenten Poincaré und Barthous galt. Die Angriffe gegen Caillaux verblieben nicht auf politischem Gebiet. Man denunzierte ihn täglich als Finanzbriganten großen Stils. Er sollte Hunderte von Millionen den kleinen Sparern geraubt und in südamerikanischen Spekulationen vergraben haben. Er sollte Erpressungsversuche bei den großen Bankinstituten zugunsten der radikalen Wahlkasse vorgenommen haben. Dementis regneten — Calmette ließ sich nicht stören, kam sofort mit einer neuen, größeren Beschuldigung. Er grub die alte Sache Rochette wieder aus: Auf Betreiben des Finanzministers sollte unter dem Kabinett Monis dem Exkellner und Bankier Rochette ein ungesetzlicher Prozeßaufschub gewährt worden sein, weil er sich durch hohe Subventionierung eines ministeriellen Blattes verdient gemacht habe. Eine parlamentarische, von dem Sozialisten Jaurès präsidierte Untersuchungskommission war eingesetzt worden, hatte unverrichteter Dinge wieder abziehen müssen. Man faselte damals schon von einem kompromittierenden Briefe des Generalstaatsanwalts Fabre an den Justizminister. Der Staatsanwalt sollte sich darin bitter über den Zwang beschwert haben, der ihm angetan wurde: „Nie habe ich eine größere Demütigung erlitten." (Wie schon berichtet, hat Barthou den Brief Fabres am Dienstag in der Kammer verlesen. D. R.)

Gaston Calmette hatte sich soweit herabgelassen, einen alten Liebesbrief des „demagogischen Plutokraten" zu veröffentlichen. Während Caillaux mit dem Aufgebot aller Kräfte im Senat sein Einkommensteuerprojekt verteidigte, las man ein autographisch abgebildetes Schreiben von seiner Hand, mit dem Kosenamen „Jo" (Joseph) unterzeichnet, in dem es hieß: „Ich habe die Einkommensteuer zermalmt, indem ich sie zu verteidigen schien." Diese Zeile hatte er 1901 auf der Ministerbank gekritzelt, als er, der Sohn eines napoleonischen Ministers und Großkapitalisten, schon aus der Zentrumspartei eine leichte Schwenkung nach links vorgenommen hatte. Calmette forderte, daß man endlich diesen Heuchler „hinauskehren" möge. Nachdem er schon seit Wochen darauf verzichtet hatte, auf die Angriffe des „Figaro" zu antworten, ließ sich Caillaux wieder herbei, eine Aufklärung zu geben; er gestand, damals noch kein so überzeugter Anhänger der Steuerreform gewesen zu sein wie heute, und wies darauf hin, daß es sich damals um den gleichzeitigen Ersatz der vier indirekten Steuern durch direkte gehandelt habe, während er auch jetzt noch vorsichtig nur für einen teilweisen Ersatz eintrete. Der „Figaro" kündigte mit großem Trara an, er werde auf eigene Kosten den Brief an allen Mauern Frankreichs anschlagen lassen, damit das Volk endlich den Verräter kennen lerne. Aber in den Parlamenten machte die Enthüllung keinen Eindruck. Welchen Zweck verfolgte Calmette? Schon früher hatte er durch Monate hindurch einen Politiker mit ähnlicher Gehässigkeit verfolgt: Delcassé. Die einen wollten auf pathologischem Gebiet die Erklärung suchen, sprachen von starker Ueberarbeitung, die den Chefredakteur schon einmal zu einer Kaltwasserkur gezwungen hätte. Die anderen flüsterten, daß der „Figaro" letzthin schlechtere Geschäfte gemacht habe, daß hinter den absichtlich übertriebenen Attacken gewisse Großfinanziers stünden, die Caillaux um jeden Preis beseitigen wollten.

Zunächst hier die Vorgeschichte des Briefes, so wie sie in politischen Kreisen kolportiert wird: Caillaux liebte die Frau eines Attachés im Unterstaatssekretariat der Schönen Künste, setzte deren Scheidung durch (der Mann wurde Steuereinnehmer) und unterhielt während des kurzen Trennungsprozesses eine sehr vertrauliche Korrespondenz. Dann heiratete er, ohne dauerndes Glück zu finden. Der jetzt bekanntgewordene Brief soll ihm erst ausgeliefert worden sein, als er sich zu einer Jahresrente von 15 000 Frank entschloß. Aber das Original des Briefes war vorher photographiert worden und soll zu einem neuen „Anleiheversuch" in Höhe von 50 000 Frank gegen Auslieferung der Platte gedient haben. Die Weigerung zog schlimme Folgen nach sich — im „Figaro" wußte man den Wert des Abbildes zu schätzen. In zweiter Ehe begriffen, hatte Caillaux natürlich auch eine zweite Liebeskorrespondenz geführt. Und auch Briefe dieser neuen Idylle waren, wer weiß wie, in die Hände Calmettes geraten. Man munkelte von einem in Fortsetzungen erscheinenden Feuilleton voll skandalöser Einzelheiten. Die Ministergattin erfuhr davon und fuhr zum Justizpalast, wo ihr ein hoher Beamter erklärte, jedes Einschreiten wäre unmöglich; es bleibe nichts übrig, als der Veröffentlichung stillschweigend beizuwohnen, da Beleidigungsprozesse dieser Art meistens sehr lange dauerten, nur noch mehr Aufsehen erregten und gar mit dem Freispruch des Beklagten endigen könnten! Mme. Caillaux, die geschiedene Frau von Léo Claretie, eines Mitarbeiters vom „Figaro" und Sohnes vom verstorbenen Direktor der Comédie Française, faßte ihren Entschluß. Sie mußte wissen, daß die angedrohte Veröffentlichung tatsächlich den Untergang ihres Mannes bedeutete; denn sie führte ihren Plan mit kältester Ueberlegung aus.

Calmette glänzte weniger durch Witz, als durch journalistische Erfindungen — „Une idée par jour", wie Villemessant, der Begründer des „Figaro", verlangt hatte. Die Art und Weise, in der er es zum Direktor des großen Blattes brachte, zeigte, seinen ungewöhnlichen Ehrgeiz: er hatte die Tochter eines der Hauptaktionäre geheiratet und ließ dann die Oberleiter, die seine Freunde und Gönner gewesen waren, auf die Straße setzen — sie gingen nicht freiwillig und mußten durch Gerichtsbeschluß aus der Redaktion vertrieben werden. Von dem dreyfusistischen Organ wurde der „Figaro" wieder zu einem aristokratischen Leibblatt, das in derselben Nummer für Poincarés Präsidentschaft eintrat und gleicherweise den bonapartistischen wie orleanistischen Prätendenten zur Verfügung stand. Es wurmte Calmette sehr, daß er nicht den politischen Einfluß des „Matin" besaß — seine Freunde versichern heute, er habe sowohl Delcassé als auch Caillaux aus Ueberzeugung befehdet, und sie bestreiten aufs entschiedenste, daß er Briefe der zweiten Frau des Ministers habe veröffentlichen wollen.

Joseph Caillaux befand sich nach der Senatssitzung mit seinen Sekretären in seinem Kabinett des Finanzministeriums, beschäftigt mit dem Unterzeichnen von Aktenstücken, als ein dringender Telephonruf der Polizeipräfektur ihn von dem Vorgefallenen verständigte. Er sank mit dem Ruf: „Wie entsetzlich!" in seinem Sessel zusammen, faßte sich aber bald wieder und fuhr mit einem Auto sogleich nach dem Kommissariat. Dort wollte ihn der Wachtmann nicht einlassen. „Ich bin der Finanzminister Caillaux!", erklärte er, und als der Polizist überrascht zur Seite trat, herrschte ihn der Minister in seiner autoritären Weise an: „Warum grüßen Sie nicht!?" Eiligst nahm der Mann seine militärische Positur ein. Im Zimmer des Kommissars hatte Caillaux eine halbstündige Aussprache mit seiner Frau, die teils sehr stürmisch verlaufen sein soll. Ihr Brief, in dem sie ihm ihren Schritt im vornherein geschildert hatte, war ihm noch nicht aus der Privatwohnung überbracht worden. Während man Madame Caillaux nach dem berühmten Frauengefängnis Saint-Lazare überführte, telephonierte der Minister an Doumergue, um seinen sofortigen Rücktritt anzukündigen; der Regierungschef bat ihn, bis zu den Abendstunden mit jedem Entschluß zu warten.

In der Tat durften die offiziellen Persönlichkeiten nicht ihre lächelnde Miene ablegen: Um 8 Uhr abends erwartete man sie in der italienischen Botschaft zu einem offiziellen Essen und großen Empfang! Comtessa Tittoni, die liebenswürdig-graziöse Botschafterin, hatte am Nachmittag ein persönliches Gespräch durchs Telephon mit Mme. Caillaux gehabt. Die Ministersgattin sollte bei der Galatafel zur Linken des Präsidenten Poincaré sitzen und entschuldigte sich, daß sie wegen leichten Unwohlseins nicht kommen werde — der Finanzminister werde allein erscheinen. Er erschien nicht! Aber der Präsident der Republik, Madame Poincaré, Ministerpräsident Doumergue und andere Minister, Botschafter, Académiciens, viel schöne Frauen saßen am blumengeschmückten Tisch, plauderten banal und taten so, als habe sie nicht dies unerwartete Drama aufs äußerste erschüttert. Während nachher die reizende Gemma Bellinzioni im golddurchwirkten Spitzenkleide sang, während die Botschafterin, schlank und vornehm, ein schönes Brillantendiadem im Haar, Hunderte von Gästen willkommen hieß, bildeten sich flüsternde Gruppen in den von Falconnet mit Biskuitengeln dekorierten Sälen. Die einen beklagten Calmette, die andern Caillaux, andere meinten, es wäre vielleicht die einzige Lösung gewesen, was wieder andere nicht verstanden.

Wir sind Caillaux bei Festlichkeiten und Empfängen in den letzten Wochen oft begegnet, wenn er in zärtlichem Einvernehmen mit seiner Frau und deren Schwester Erholung von den Tagesmühen und Kämpfen suchte. Die nicht sehr hochgewachsene, anmutige Brünette, die keine Schönheit von blendendem Rang war, würde niemand auf die Vermutung gebracht haben, daß sie eines Mordanschlags fähig sei. Gewiß haben die im stillen offenbarten Schmerzen, die Caillaux vor der Oeffentlichkeit über die Verleumdungskampagne nicht erkennen ließ, großen Eindruck auf die Gattin gemacht, ihren Verstand getrübt.

Carl Lahm.

SLUB
Wir führen Wissen.